

## Die Gemeinde Wien und das Dzieditzer Kohlenbergwerk.

Die Förderung der Ueberführung der Bodenschätze in den Besitz der Allgemeinheit gehörte von jeher zu den Grundsätzen der christlichsozialen Partei. Der Staat hat es nun leider veräußert, seine Hand auf die nationalen Bodenschätze, vornehmlich auf die Kohlenbergwerke zu legen, und um so mehr ist es Sache der christlichsozialen Verwaltung der Großgemeinde Wien, in ihrem Kreise nachzuholen, was der Staat im großen veräußert hat. Es hat deshalb auch grundsätzliche Bedeutung, wenn jetzt die Gemeinde Wien als Sachwalterin der Allgemeinheit und als Inhaberin der großen städtischen Gas- und Elektrizitätswerke daran geht, ihren Kohlenbedarf für Jahrhunderte zu sichern. Sie befindet sich dabei im stärksten Wettbewerb mit der privaten Industrie, die schon seit geraumer Zeit einen wahren Wettlauf um den Erwerb von Kohlenvorkommen angetreten hat. Unsere neuzeitliche Unternehmerpolitik ist ja gekennzeichnet durch das Bestreben, sich vornehmlich in dem Bezuge von Rohmaterialien unabhängig zu machen und womöglich den ganzen Verarbeitungsprozeß vom Rohprodukt angefangen bis zum Fertigfabrikat in einem einzigen Betriebe zu vereinigen. Daher die Angliederung von Kohlenbergwerken an industrielle Unternehmungen, wie wir sie in letzter Zeit bei den Skoda-Werken, bei den Stahlwerken von Ternitz, bei der Goldhütte und noch bei vielen anderen Betrieben erlebt haben. Da mußte auch die Gemeinde Wien vorsorgen, um nicht ihre Unabhängigkeit in der Versorgung ihrer Gas- und Elektrizitätswerke einzubüßen. Unser nationaler Vorrat an verkohlbaren Kohlen — und nur diese kommen hier in Frage — ist ohnehin nicht groß; er beschränkt sich nur auf gewisse Kohlenvorkommen nahe der preußisch-schlesischen Grenze, die schon zum größten Teil in festen Händen sind. Um so mehr ist daher die rasche Entschlossenheit zu begrüßen, mit der die Gemeinde die nächste Gelegenheit ergriff, die sich ihr bot.

Die Allgemeine Depositenbank hatte seinerzeit den größten Teil der Ruze der Dzieditzer Montangewerkschaft in ihren Besitz gebracht und im Jahre 1916 trat sie wegen einer Beteiligung an dieser Gewerkschaft mit der Gemeinde Wien in Fühlung. Die Bank verhandelte dabei auf der Grundlage, daß die Gewerkschaft in eine Aktiengesellschaft verwandelt werden sollte und daß ferner die Mehrheit der Aktien in den Besitz der Gemeinde übergehen sollte. Diese Art der Beteiligung an einem industriellen Unternehmen war schon vor rund zwei Jahren bei der Erwerbung der Bonwiller-Mühle praktisch durchgeführt worden und hatte sich dort auch vollkommen bewährt. Sie hatte den Vorteil, daß die Gemeinde nicht allzu große Summen in einem einzelnen Unternehmen anlegen mußte und daß trotzdem die Führung auf rein kaufmännischem Gebiete in Händen der Gemeinde blieb.

In dem vorliegenden Falle handelte es sich nun in erster Linie um die Deckung des Kohlenbedarfes der Gemeinde Wien und ihrer Unternehmungen, der mit rund 1.100.000 Tonnen pro Jahr veranschlagt werden darf. Der größte Prozentsatz dieser Menge entfällt auf die städtischen Gaswerke, die natürlich nur Gasohle verarbeiten können. In dem Kohlengebiet der Dzieditzer Montangewerkschaft wurde nun das Vorkommen solcher Kohle durch Bohrungen festgestellt und nach dem übereinstimmenden Urteil aller Sachverständigen, die in dieser Angelegenheit gehört wurden, ist dort mit Sicherheit auf die Förderung geeigneter Gasohle zu rechnen.

Die Dzieditzer Montangesellschaft bildet ihrem geologischen Charakter nach eine Fortsetzung des ober-